

Löhner Anzeiger

Telephon: Amt Lahn Nr. 24.

Lokalblatt für Lahn und Umgegend.

Telephon: Amt Schönau Nr. 10.

Druck und Verlag von Franz Beuchel in Schönau (Raubach). — Für den Inhalt verantwortlich: Franz Beuchel, Schönau (Raubach).

Ausgabestelle und Inseraten-Aannahme in der Filiale Goldbergerstrasse Nr. 58 in Lahn und in der Buchdruckerei von Franz Beuchel in Schönau (Raubach).

Die Ausgabe

Er erscheint wöchentlich 3-mal, Dienstag, Donnerstag und Samstag. Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 90 Pf., monatlich 30 Pf., frei Haus. Postabonnements 90 Pf., mit Abtrag 1,14 Mk.

Ämtliches Publikations-Organ

der Städt. Behörden und des königlichen Amtsgerichts.

Abonnementspreis

für Lahn und Umgegend 10 Pf. für die 1-spaltige Beizeile oder deren Raum, für auswärtige Inserate 12 Pf. pro Zeile. Annahmeschluss Montag, Mittwoch und Freitag mittags 12 Uhr.

Nr. 149.

Lahn, Dienstag, den 15. Dezember 1908.

5. Jahrgang.

Tages-Nachrichten.

Der Kaiser hörte die Vorträge des Staatssekretärs Tirpitz und des Chefs des Marinekabinetts. Beide Gesandten unternahmen zusammen einen anderthalbstündigen Spaziergang.

Der Kronprinz arbeitet von jetzt ab im Auswärtigen Amt und im Marine-Amt.

Berlin. Obwohl Fürst Bülow dem Kaiser nach schon wieder Vortrag gehalten hat, schließen seine Blätter aus der Tatsache, daß der Kanzler am 17. November und dem 9. Dezember einmahl von dem Monarchen empfangen wurde, eine Erübung des Verhältnisses zwischen dem Kaiser und seinem ersten verantwortlichen Ratgeber. Diese Schlussfolgerung ist irrig. Der Kaiser war in der Zeit unspätlich und hütete einige Tage Zimmer und Bett. Trotzdem fand, wie die „Deutsche Tageszeitung“ mitteilen kann, ein brieflicher Verkehr zwischen dem Kaiser und dem Kanzler auch in diesen Tagen statt. Das gute und herzliche Verhältnis hat keine Änderung erfahren.

Berlin. Der deutsche Botschafter in Rom, Graf von Montz, tritt aus Gesundheitsrücksichten in den Ruhestand. Sein Nachfolger ist der deutsche Gesandte in Luxemburg, einer unserer tüchtigsten Diplomaten.

Berlin. Die Weihnachtsruhe, die mit dem Beginn der parlamentarischen Ferien eingetreten ist, wird wesentlich durch keinerlei Überraschungen gestört werden. Wir haben in den letzten Wochen der vergangenen Momente genug und übergenug gehabt; der Wunsch nach einer friedlichen Festzeit ist daher rechtstets erfüllt. Fürst Bülow mußte zwar noch in seiner letzten Rede zum Reichstag die allgemeine politische Lage als unbehaglich bezeichnen. Immerhin mehrten sich die Symptome, die eine friedliche Beilegung der wichtigsten der auswärtigen Verwickelungen erhoffen lassen. Auch in der inneren Politik ist eine Reinigung der Luft und eine Klärung der Situation nach den letzten Stürmen der jüngsten Wochen zu konstatieren. Auch hat der Kanzler in dem geretteten Bloc seine Reichstagsmehrheit behalten. Die politische Situation dürfte als leidlich bezeichnet werden, wenn die Reichsfinanzreform nicht noch immer den Himmel der inneren Politik mit einer dunklen Wolke überzöge. Jrgend ein Lichtblick nach dieser Richtung hin haben weder die siebenstägigen Plenar-, noch die bisherigen Kommissionsverhandlungen des Reichstags erschlossen. Die Abgeordneten, die der Kommission für die Finanzreform angehören, werden wenig genug von ihren Weihnachtserwartungen haben. Sie sollen Mittel und Wege zu einer Verständigung ausfindig machen und müssen den gewaltigen Denkschriftenband zur Begründung der Vorlage, dessen vierter und letzter Teil ihnen gerade im Augenblick der Abreise von Berlin ihnen entgegen gestellt wurde, gründlich durchstudieren. Wenn schließlich nur nicht der Lohn für alle Mühe und Sorge doch noch ausbleibt.

Berlin. Die verstärkte Budgetkommission des Reichstages hat beschlossen, auch die Gehälter der höheren Beamten in ihrer Gesamtheit zu erhöhen. Der Beschluß erfolgte auf einen Antrag der Nationalliberalen, dem dienstältesten Drittel aller Verwaltungsbeamten eine pensionsfähige Zulage von 20 Mk. zu geben. Ferner wurde von mehreren Seiten der Wunsch laut, die Gehälter der Unterbeamten nicht nur über die Regierungsvorlage, sondern auch über die in der ersten Kommission beschlossenen Sätze hinaus zu erhöhen. Der Finanzminister meinte, die Regierungsvorlage sei in dieser Beziehung weit genug gegangen. Leider hat die Begeisterungsfreudigkeit der Kommissionsmitglieder nur einen hypothetischen Wert, da sich die Herren über die

Art der Deckung des Mehrbedarfs noch ganz und gar nicht einig sind.

Berlin. Nach Mitteilungen der „Preussischen Lehrerzeitung“ sind vor Beginn der zweiten Lesung Versuche gemacht worden, ein Einvernehmen zwischen den Parteien und der Regierung über die Differenzen, welche die erste Lesung hervorgebracht hat, herbeizuführen. In den letzten Tagen hat eine nicht offizielle Kommission in aller Stille unter dem Vorsitz des Finanzministers von Rheinbaben zu diesem Zwecke getagt. Eine Einigung ist auf folgender Grundlage erzielt worden: 1. Das von der Kommission festgesetzte Grundgehalt für Lehrer von 1400 Mk. wird von der Regierung angenommen. 2. Die Alterszulagen (4x250, 5x200 Mk.) werden um 100 Mk. gekürzt und sollen 2x200, 2x250, 5x200 Mk. betragen; demnach ist das Höchstgehalt 3300 Mk. 3. Von den ersten und alleinlebenden Lehrern, denen die Kommission 5 bezw. 10 Prozent nach 5, bezw. 10-jähriger Dienstzeit mehr geben wollte, scheiden zunächst alle Küsterlehrer (1600 Mk.) aus; der Rest soll einstweilen (bis zur zweiten Lesung) 2 1/2 bezw. 5 Proz. erhalten. 4. Die einstweilig angestellten Lehrer erhalten nicht 1400, sondern 1/3 von 1400=1120 Mk. 5. Die Lehrerinnen sollen erhalten 1200 Mk. und 3x100 und 6x150 Mk., Höchstgehalt 2400 Mk. 6. Die Direktoren sollen statt 2400 Mk. 2100 Mk. erhalten, die Hauptlehrer den beschlossenen Satz von 1600 Mk. 7. Die pensionsfähigen Ortszulagen können in Schulverbänden, in denen die Lehrer nach der jetzigen Besoldung bereits 2800 Mk. Höchstgehalt ohne Wohnung bezogen haben, ohne Rücksicht auf die Größe des Orts bis zur Höhe von 900 Mk. beschlössen werden, doch mit der Einschränkung, daß das Gesamtgehalt ohne Wohnung 4200 Mk. nicht übersteigen darf. In den anderen Schulverbänden sind Ortszulagen nicht gestattet. Die Mehrkosten werden auf 11 1/2 Millionen Mk. berechnet. Sie sollen dadurch gedeckt werden, daß den Gemeinden über 25 Stellen und den Gemeinden unter 25 Stellen, die notorisch leistungsfähig sind, an bisherigen Staatsbeiträgen abgezogen werden; von den verbleibenden 7 Millionen soll die Hälfte vom Staate, die Hälfte von den Gemeinden getragen werden.

Potsdam. Im Neuen Palais bei Potsdam, der Residenz des Kaiserpaars bis zur Neujahrseinfahrt nach Berlin, werden schon jetzt die Vorbereitungen für die Weihnachtsbescherung der Familienmitglieder und der Poststaaten getroffen. Wenn auch die Kaiserin die Einkäufe besorgt, so interessiert sich doch der Kaiser für alle Geschenke und namentlich für die Auswahl der Weihnachtsbäume. Der Monarch ist in bester Stimmung und bei geeignetem Wetter unternimmt er täglich Spazierritte. Die Laune des Kaisers hat unter allen politischen Zwischenfällen nicht im mindesten gelitten, er ist ja von je gewöhnt, allen Bewegungen in der Dessenlichkeit mit größter Ruhe und Sachlichkeit zuzusehen.

Kiel. Der Stapellauf des neuen deutschen Linienschiffes „Posen“ hat in Kiel stattgefunden. Die Taufrede hielt der Oberpräsident von Posen, v. Waldow. Er sagte u. a.: „Wie die Provinz Posen als treues und lebendiges Glied des Vaterlandes auf der Wacht stehen soll für deutsche Kultur und deutsches Wesen, so sollst Du, stolzes Schiff, des Vaterlandes Grenzen schützen, des Reiches Macht und Ehre schützen.“ Die Taufe vollzog die Fürstin Radolin, die Gemahlin des deutschen Botschafters in Paris. Das Fahrzeug wird der Nordsee-Station zugeteilt und mit „Nassau“, „Rheinland“, „Westfalen“ eine neue Panzer-Division bilden.

Oldenburg. Der Großherzog von Oldenburg, der sich nicht der besten Gesundheit erfreut, wurde

während eines Landtags-Diners von einer Ohnmacht befallen. Er muß das Bett hüten.

Frankfurt a. M. In Frankfurt a. M. konstituierte sich in Anwesenheit von Vertretern der Reichs- und der preussischen Staatsregierung der große Rat des Instituts für Gewerbehygiene. Diese Einrichtung ist aufrichtig zu begrüßen. Je gründlicher und sorgfältiger eine wohlgeleitete Gewerbehygiene arbeitet, um so geringer werden die Beträge, die an Kranken- und Unfallversicherung zu zahlen sind. Die gewerblichen Arbeiten bergen die verschiedensten Möglichkeiten der Gesundheitschädigung. Da aufzuklären und vorzubeugen, zu schützen und zu schonen, ist eine große Aufgabe.

München. Sein 50jähriges Militärjubiläum feierte am Sonntag der Prinz Leopold von Bayern (geboren 1846), der zweitälteste Sohn des Regenten Prinzen Luitpold von Bayern und Schwiegersohn des Kaisers von Oesterreich. Der Prinz, der den Rang eines Feldmarschalls besitzt, ist Inspektor der 4. deutschen Armee-Inspektion, derselben, die Kaiser Friedrich als Kronprinz leitete. Es gehören dazu die bayerischen Truppen und das 3. und 4. preussischen Armeekorps. Die kommandierenden Generale der letzteren und sonstige militärische Deputationen stellten dem Prinzen ihre Glückwünsche ab. Auch der Kaiser gratulierte auf das herzlichste unter ehrender Anerkennung der Wirksamkeit und Tüchtigkeit des Jubilars.

Prag. Das Standrecht in Prag soll heute oder morgen wieder aufgehoben werden. Dann wird sich ja zeigen, ob die Lehre für die Tschechen wirklich heilsam genug gewesen ist.

Kopenhagen. Damit es den britischen Heerern in ihrer Arbeit gegen Deutschland nicht zu einsam wird, beieilen sich die dänischen Chauvinisten, ihnen Gesellschaft zu leisten. So behauptete ein Kopenhagener Blatt, zwei deutsche Panzerkreuzer hätten im November im Sund gelauert, um auf Angriffssignale von Süden zu warten und kriegerische Schritte gegen Dänemark zu unternehmen. Daß das direkter Blödsinn ist, braucht nicht weiter gesagt zu werden, und übrigens könnten zwei Panzerkreuzer auch gerade gegen Dänemark etwas anfangen. Für so gering sollten die Dänen sich doch nicht halten.

Petersburg. Dem heillosen Schwindel mit wertlosen Kupons bei der russischen Staatsschuldentilgung und seiner Aufdeckung ist jetzt die Ermittlung eines noch weit ärgeren Betruges gefolgt. Im Winter-Palais ist die sogenannte Basilevsky-Sammlung im Laufe der Jahre durch wertlose Nachahmungen ersetzt. Es waren 460 Stücke, für die im Ganzen 8 Millionen bezahlt sind. In der Ausstellung alter Meister entpuppte sich ferner ein mit einer Million bezahlter Membranot als ein Falsifikat.

Konstantinopel. Die Weihnachtslösung: Friede auf Erden! scheint auch auf dem Balkan und selbst da, wo man das Fest nur dem Namen nach kennt, Tatsache werden zu wollen. Seit ein paar Tagen ist jedenfalls eine Bewegung im Gange, die die Hoffnung auf einen friedlichen Ausgang der seit den ersten Oktobertagen schwebenden Wirren befestigen könnte. Wir können nur wünschen, daß diese Bewegung anhält, bis das Ziel erreicht ist. — Für die Lösung der Balkanfrage kommen die Balkanstaaten weniger in Betracht als die interessierten Großmächte. Und da ist es zu begrüßen, daß zwischen Oesterreich-Ungarn und Rußland die vorhanden gewesene Spannung sichlich nachgelassen hat. — Der „Köln. Ztg.“ wird bestätigt, daß die österreichisch-ungarische Antwort auf die russische Note sehr wohl die Grundlage für Verhandlungen bieten könne, ob vor der Konferenz ein Einvernehmen über die Annexion Bosniens zu erzielen sei. Zu diesem Zweck werden weitere Ver-